

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 489 Anfrage Huser Claudia und Mit. über das Mengengerüst und die Kosten bei einer allfälligen Rückkehr zur separativen Beschulung / Bildungs- und Kulturdepartement

Claudia Huser ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Huser: Ich danke der Regierung für die Antworten, genau diese Transparenz habe ich mir gewünscht. Leider kam es mir in den vergangenen Monaten immer wieder so vor, als ob einige Politikerinnen und Politiker – basierend auf ihren eigenen schulischen Laufbahnen – der Meinung waren, besser als ausgewiesene Fachpersonen zu wissen, welches das beste Schulsystem ist. Mittlerweile liegen einige Studien zum Schulsystem vor. Wiederholt hört man in der öffentlichen Debatte, dass die Rückkehr zu Kleinklassen und eine Abkehr von der integrativen Schulung das kontinuierliche Kostenwachstum in der Bildung bremsen soll. Nun liegen aber die Zahlen dazu vor. Ich gehe nicht im Detail auf diese Zahlen ein. Ich anerkenne auch wie von der Regierung geschrieben, dass es sich um Schätzungen handelt und eine gewisse Ungenauigkeit mit einberechnet werden muss. Aber Zahlengrößen wie jährlich wiederkehrende Kosten von über 50 Millionen Franken, über 12 Millionen Franken für zusätzliche Klassenzimmer usw. sollten uns dazu bringen, genauer hinzuschauen. Ich hoffe sehr, dass die Dimensionen dieser Zahlen auch in die eine oder andere Stammtischdebatte Einzug hält. Ich will damit nicht sagen, dass mit der integrativen Schulung alles rund läuft. Ich anerkenne auch, dass noch Luft nach oben besteht und eine Weiterentwicklung erfolgen muss. Aber wenn wir uns vom heutigen System abkehren würden, wäre das zum einen gesellschaftspolitisch sehr fragwürdig, denn die Unterschiedlichkeit unserer Kinder widerspiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft. Die Entstigmatisierung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen, Verhaltensauffälligkeiten, Lernschwierigkeiten oder gewissen Krankheitsbildern ist eine Errungenschaft. Diese dürfen wir in einer modernen Gesellschaft auf keinen Fall aufs Spiel setzen. Zum anderen wäre es aber auch finanziell nicht interessant. Ich hoffe, dass ich das mit meiner Anfrage aufzeigen konnte und dieser Fakt in die künftigen Debatten mehr mit einbezogen wird. Mir persönlich war das in dieser Klarheit und in diesen Dimensionen bisher nicht bekannt. Ich würde behaupten, dass sich die einen oder anderen hier im Saal auf dem gleichen Wissensstand wie ich befinden. Ich hoffe, dass Sie diese Erkenntnisse in Ihre zukünftigen Schuldebatten mit einbeziehen.

Ramona Gut-Rogger: Die Erkenntnisse des Regierungsrates überraschen wohl die wenigsten, dass das integrative System kostengünstiger ist. Die Rechnung wurde aber leider nicht unter Einbezug aller Faktoren erstellt. In mehreren Anfragen in der Vergangenheit und

unter anderem auch heute im vorhergehenden Traktandum mussten wir feststellen, dass die Belastungen an den Schulen gewachsen und die Standardkosten und die standardisierten Pensen nicht in allen Gemeinden ausreichend sind. Aus Sicht der FDP stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis der integrativen Schulung heute nicht mehr. Zu oft stösst das heutige System an die Grenzen des Machbaren. Es wurde mehrfach aufgezeigt, dass die Gemeinden je nach Umfang der Heterogenität in den jeweiligen Gemeinden zusätzliche Ressourcen finanzieren müssen. Das zeigt eindrücklich auf, dass die vorliegende Bilanz folglich nur die halbe Wahrheit zeigt. Das integrative System bringt Chancen und Risiken mit sich. Die markant angestiegene Anzahl an Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen erfordern neue Lösungen. An der inflexiblen Integration auf Biegen und Brechen festzuhalten, ohne die individuellen Bedingungen an den Schulen zu berücksichtigen, ist falsch und gefährdet die Bildungsqualität. Der sogenannte Kippeffekt ist inzwischen breit anerkannt. Damit wird klar und deutlich, dass die integrative Schule Grenzen hat und sie in Zukunft mehr Flexibilität braucht, um integrative und separative Gefässe mit fließendem Übergang möglich zu machen. Nur so kann die Bildungsqualität aller Lernenden und das erst noch in allen Gemeinden im Kanton gewährleistet werden.

Tobias Käch: Wir danken der Regierung für die ausführlichen Antworten auf die Fragen, die auch wir interessiert mitunterstützt haben. Auch im kürzlich erschienen Bildungsbericht 2026 der Eidgenossenschaft werden diese Fragen ergänzend beantwortet. Ich glaube, die Antworten zeigen deutlich, dass ein Wechsel zurück zur separativen Beschulung ein sehr grosses Preisschild und viele rechtliche Hindernisse hat. Oder anders ausgedrückt: Ein Wechsel zurück zu separativen Klassen ist wie das Zurückspulen einer Kassette, nämlich nostalgisch und hat einmal funktioniert, aber es funktioniert heute wohl nicht mehr. Trotzdem muss den Hilferufen aus den Schulen Rechnung getragen und nötige Anpassungen vorgenommen werden. Wohl nicht ein Wechsel zurück zur separativen Beschulung, aber punktuell mehr und schnellere Unterstützung. Zudem wurden in letzter Zeit in den Kantonen Aargau, Basel und Zürich Projekt und Abklärungen gestartet, die einen Mittelweg zwischen integrativer und separativer Schulung prüfen. Sogenannte Förderklassen, die im gleichen Schulhaus geführt werden. Sie ermöglichen den Kindern einen grösseren oder kleineren Teil des Unterrichts in der Regelklasse und den anderen Teil in der Förderklasse zu besuchen. Allenfalls ist das auch eine für den Kanton Luzern zu prüfende Variante.

Lisa Zanolla: Die Ausführungen von Claudia Huser sowie die Stellungnahme der Regierung sind spannend. Unbestritten ist, dass der Kanton Luzern seit dem Schuljahr 2011/2012 gestützt auf nationale und internationale Rechtsgrundlagen bewusst auf integrative Schulung setzt. Diesen rechtlichen Rahmen anerkennen wir, ebenso den Anspruch von Kindern mit besonderen Bedürfnissen auf Unterstützung und Förderung. Integration darf jedoch nicht zur Ideologie werden, die ungeachtet ihrer Auswirkungen auf den Schulalltag umgesetzt wird. Die Realität in vielen Klassen zeigt eine sehr hohe Heterogenität, welche Lehrpersonen stark belastet und die Unterrichtsqualität beeinträchtigen kann. Dabei geraten leistungsstarke Kinder zunehmend aus dem Blickfeld, obwohl auch sie Anspruch auf eine Förderung haben, die sie fordert. Eine stärkere Differenzierung nach Leistungsfähigkeit und geeignete Lerngefässe wären aus unserer Sicht zielführender und stellen keine Ausgrenzung dar. Gleichberechtigung bedeutet nicht Gleichmacherei. Eine Schule, die allen gerecht werden will, muss unterschiedliche Lernwege zulassen. Aus Sicht der SVP ist es deshalb weiterhin notwendig, kritisch zu hinterfragen, ob die heutige Form der integrativen Förderung langfristig tragfähig ist.

Urban Sager: Wir müssen nicht mehr darüber sprechen, welches System teurer ist. Das

wusste man schon seit jeher und nun liegt es auch schriftlich vor. Für Sie sind diese Zahlen respektive der Preis sehr wichtig. Eigentlich muss das separate Schulsystem in Ihren Augen viel zu teuer sein. Wenn man zudem die pädagogischen und didaktischen Vorteile des integrativen Schulsystems genau und aufgrund der verschiedensten Forschungsergebnisse betrachtet, ist der Fall auch inhaltlich klar. Wir diskutieren in unserem Rat schon lange und sicher auch zu Recht über die integrative Sonderschulung. Wir sind ebenfalls zum Schluss gelangt, dass mögliche Probleme genau benannt werden müssen. Es gibt tatsächlich ein Problem bei der integrativen Sonderschulung im Bereich Verhalten. Darüber haben wir schon mehrmals diskutiert, auch in der Kommission. Wir durften dabei feststellen, dass die Regierung auf dem Weg ist. Dieses Thema muss angegangen werden, denn es stellt die Schulen und die Schulsettings vor grosse Herausforderung. Es herrscht grossmehrheitlich Konsens, dass in diesem Bereich Anpassungen vorgenommen werden müssen. Ich verstehe nicht ganz, weshalb die FDP sagt, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr stimmt. Der andere Preis ist ja höher. Was ist mit Leistung gemeint, wenn man von Preis-Leistungs-Verhältnis spricht? Wie bemisst man die Leistung des integrativen Schulsystems? Was an der Leistung stimmt nicht mehr? Lisa Zanolla hat erklärt, dass auch die Stärkeren wieder gefördert werden müssten. Ich weise darauf hin, dass wir wieder eine Begabungs- und Begabtenförderung etabliert haben, auch mit entsprechenden Lehrgängen an der Pädagogischen Hochschule (PH) und mit entsprechenden Fachkarrieren. Genau das nehmen wir in Angriff, weil Konsens herrscht, dass es auch in diesem Bereich eine integrative Förderung braucht. Es geht nicht nur um die Kinder, die zusätzliche Fördergefässe benötigen, weil sie mit einem Defizit unterwegs sind, sondern es geht um alle. Die Mitte hat davon gesprochen, Förderklassen in den Regelklassen führen. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde aber abgebrochen, weil es nicht funktionierte. Der Bildungs- und Kulturdirektor kann vielleicht noch etwas mehr dazu sagen. Wir befinden uns also mit dem richtigen Modell auf dem richtigen Weg, vor allem auch finanziell gesehen. Das hat die Anfrage von Claudia Huser gezeigt.

Urs Christian Schumacher: Während Luzern immer noch ausschliesslich auf die integrative Schule setzt, findet aktuell in mehreren Kantonen eine Kehrtwende statt. Der Kanton Basel-Stadt führt offiziell wieder Förderklassen ein, nachdem das Parlament 2024 einem Gegenvorschlag zur Förderklasseninitiative zugestimmt hat, während der Kanton Basel-Landschaft die Kleinklassen gar nicht erst aufgehoben hat. Im Kanton Aargau werden derzeit etwa 50 Kleinklassen geführt und der Kanton Zürich steht ebenfalls vor einer Wiedereinführung der Kleinklasse, nachdem der Kantonsrat 2025 der Förderklasseninitiative beziehungsweise einem Gegenvorschlag zugestimmt hat. Und schliesslich gibt es auch im Kanton Bern Bestrebungen, das Angebot an Förderklassen wieder auszubauen, um die integrative Schule zu ergänzen. In der Antwort des Regierungsrates wird von einem Entweder-oder ausgegangen. In den genannten Kantonen scheint sich aber ein Mix der beiden Angebote Integration und Kleinklasse zu bewähren. Das Argument, dass bei einer Richtungsänderung in der Sonderschulung der Kanton Luzern aus der interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik austreten müsste, kann angesichts dessen, dass die genannten Kantone mit Kleinklassen allesamt auch diesem Konkordat beigetreten sind, wohl nicht zutreffen. Was die UN-Behindertenkonvention betrifft, so steht darin unter Artikel 5 Absatz 4, ich zitiere: «Besondere Massnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens.» Womit Kleinklassen durchaus konform zu dieser Konvention sind. Im Übrigen ist eine Konvention eine Absichtserklärung und kein bindendes Recht. Was die

finanziellen Folgen betrifft, so ist die Argumentation des Regierungsrates in der Regel so: Wenn er etwas will, so sind die Kosten gering, und wenn er etwas nicht will, so stellt er es als nicht finanzierbar oder zu teuer dar. Fragen wir doch einmal bei den anderen Kantonen nach, wie sie es mit den Kosten halten. Lassen Sie uns gemeinsam eine Motion zur Wiedereinführung der Kleinklasse einreichen, damit der Kanton Luzern sich auch wieder zu den bildungspolitisch progressiven Kantonen gesellen kann.

Eva Lichtsteiner: «Wenn alle Kinder, die heute mit integrativer Förderung in der Regelklasse begleitet werden, den Unterricht in Kleinklassen besuchen würden, dann wären 552 Kleinklassen zu eröffnen.» Das ist vermutlich einer der imposantesten Sätze, der mir in meiner Zeit im Kantonsrat begegnet ist. Dabei ist mir vollkommen bewusst, dass es sich bei dieser Zahl 552 um keine exakte Wissenschaft handelt, sondern nur um eine Schätzung. Die Richtung ist aber unbestritten eindeutig, auch unter Einbezug der aktuellen Herausforderungen im integrativen Schulsystem. Claudia Huser fragt nach konkreten Zahlen und Auswirkungen, wenn zur separativen Beschulung zurückgekehrt würde. Fakten zu diesem hypothetischen Szenario zu erhalten ist unter anderem deshalb wichtig, weil diese Diskussion in anderen Kantonen intensiv geführt wird. Einfach nur Klarheit zu erhalten, ist deshalb sinnvoll. Wie bereits angetönt, sind die genannten Fakten meist in Form von Zahlen nur Schätzungen. Es ist aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich, exakt berechnen zu können, wie hoch diese Kosten tatsächlich wären, wenn Kinder und Jugendliche nicht mehr integrativ beschult würden. Beispielsweise würde es darauf ankommen, welche Gemeinden zusammenarbeiten, was sich wiederum auf die Transportkosten auswirken würde. Eindeutig sind diese Zahlen aber dennoch. Es wird klar, dass eine Rückkehr zu den Kleinklassen um ein Vielfaches teurer wäre. Eine Rückkehr zur separativen Form würde deshalb doppelt so viel kosten im Vergleich zum heutigen integrativen System. Zudem würde sich der Bedarf an Fachkräften massiv erhöhen. Für uns Grüne zeigt sich also insgesamt eindeutig, wie wichtig es ist, an der integrativen Schulung festzuhalten. Dafür sprechen nicht nur die Kosten, sondern ein noch wichtigerer Punkt. Ziel unseres Bildungssystems muss es sein, Kinder mit besonderem Bildungsbedarf zu integrieren, die Teilhabe zu ermöglichen und Chancengleichheit aktiv zu leben. Wir leugnen nicht, dass das in der aktuellen Praxis nicht immer einfach ist. Zum Stichwort Verhalten muss ich mich nicht weiter äussern. Gerade deshalb ist es wichtig, entsprechend genügend Ressourcen bereitzustellen und das Personal vor Ort zu stärken, damit dieser Weg weiter gestützt werden kann. Eine Motion würden wir nicht unterstützen.

Ramona Gut-Rogger: Für uns stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr, weil zu viele Kinder auf der Strecke bleiben. Urban Sager, dabei denken wir an leistungsstarke Lernende ebenso wie an Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten. Die Heterogenität ist zu gross. Deshalb stimmt die Bildungsqualität nicht mehr. Wir sind aber nicht der Meinung, dass es nur noch separative Gefässe braucht, sondern es braucht eine Flexibilisierung, damit die individuellen Bedürfnisse ernst genommen werden können.

Urban Sager: Die Evidenz fehlt, dass zu viele Kinder auf der Strecke bleiben. Den Vorwurf der SVP, dass die Regierung die Zahlen so präsentiert, wie sie will, kann man gerne zurückgeben. Sie interpretieren die Kosten auch so, wie es für Sie stimmt. Hier können sie nicht hoch genug sein, Hauptsache zurück zum alten System. Wenn es aber um Deutsch als Zweitsprache (DaZ) geht, sind schon 150 000 Franken zu viel.

Sabine Heselhaus: Ich halte mich an das Votum sich nur zu äussern, wenn man Ahnung davon hat. Ich habe zwei Kinder durch die Schule begleitet und ich kenne Betroffene. Für die Betroffenen ist diese Integration wichtig. Es geht hier aber auch um Prävention. Die Belastung im gesundheitlichen und sozialen Bereich ist immens, wenn wir nicht früh fördern. Wir

müssen deshalb eine Vollkostenrechnung vornehmen. Eine Förderung mit qualitativ gut ausgebildeten Fachkräften wäre hier notwendig.

Fritz Gerber: Urban Sager, Sie denken, dass diese Evidenz bewiesen werden muss. Dann bewegen Sie sich doch bitte einmal draussen in der Praxis in der Privatwirtschaft, um zu sehen, welche Schulabgänger sich für Lehrstellen bewerben. Es gibt tragische Fälle von Kindern, die nicht einmal mehr mal 2 mal 4 rechnen können, und zwar keine beeinträchtigten Kinder, sondern die durch Stufen gefallen sind. Häufig sind es Migrantenkinder. So muss man sich informieren und nicht über einen hochgestochenen Bericht, der schlussendlich so erscheint, wie er erscheinen sollte. Schauen Sie sich also in der Praxis um. Es geht dabei um die Kinder und nicht um irgendwelche Ideologien.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Besten Dank für die Würdigung der Zahlen, wie wir sie dargelegt haben. Wir können jeweils nur die Fragen beantworten, die uns gestellt werden. Diese Zahlen, Urs Christian Schumacher, legen wir so dar, dass sie nachvollziehbar sind, dass man selber erkennt, wie die Berechnung erfolgt ist. Natürlich, Eva Lichtesteiner hat recht, es sind Schätzungen, es sind Annahmen, aber wir haben die Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet. Wir haben im Kanton Luzern den Grundsatz Integration vor Separation, so steht er im Sonderpädagogikkonkordat, dem der Kanton Luzern beigetreten ist. Es ist die Überzeugung der Luzerner Regierung, dass die Integration Grenzen hat, dass wir für die Lernenden beurteilen wollen, was für sie am besten ist, ob es die separative oder die integrative Beschulung ist. Man soll aber, wenn immer möglich, versuchen, Lernende integrativ zu beschulen. Das ist unser Weg hin zur «Schule für alle». Wir haben eine Herausforderung im Bereich Verhalten und sozio-emotionale Entwicklung, das wurde mehrfach angesprochen. Hier haben wir mit dem Baustein «Verhalten» entsprechend korrigiert, mit dem die Gemeinden massgeschneiderte Lösungen finden können und der Kanton sie nun mitfinanziert. Solche Lösungen sind bereits früher entstanden, die Gemeinden haben sie selbst finanziert, Stichwort Schulinseln. Das war ein Vorstoss von Andy Schneider, den Sie erheblich erklärt haben. Mit dem Baustein «Verhalten» finanziert sie der Kanton mit. Wir werden weiterhin in diese Richtung arbeiten. Wir haben heute ein System, bei dem die Mittel zu starr sind. Sie sind zu stark an die Lernenden gekoppelt, die einen Sonderschulstatus haben. Die Mittel müssen flexibler eingesetzt werden können für die ganze Klasse, weil letztlich die ganze Klasse betroffen ist. Die Mittel sollen möglichst so eingesetzt werden, dass sie die höchste Wirkung erzielen. Ramona Gut-Rogger, wir teilen Ihre Haltung nicht, wonach das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmt. Die Kosten, eine Rückkehr zum alten System, die wären enorm. Das ist ein Element, wie wir es hier darstellen. Aber es würde sehr lange dauern, bis wir die entsprechenden Räume gebaut hätten. Wir haben viel zu wenig Räume und viel zu wenig Fachkräfte. Das hat Eva Lichtesteiner richtig gesagt. Ehrlich gesagt haben wir auch das Geld nicht, um zum alten System zurückzukehren. Ja, es gibt diesen Kippeffekt, den gibt es in der Literatur. Aber mir ist keine Klasse bekannt, die die Bedingungen erfüllen würde, dass sie jenseits des Kippeffekts liegt, denn sieben integrierte Kinder habe ich noch nirgends gesehen. Die Herausforderungen bleiben. Eine Herausforderung ist, dass wir aufgrund des grossen Wachstums für die separate Beschulung aktuell zu wenige Sonderschulplätze haben. Da sind wir sehr aktiv daran, das müssen wir unbedingt korrigieren. Mit diesem Wachstum konnte man wirklich nicht rechnen, und dass nicht nur das Wachstum bei 0,2 Prozent liegt, sondern dass das Wachstum sogar noch gestiegen ist. Auch die neusten Zahlen sind unerfreulich. Wir haben plötzlich wieder ein Wachstum im Bereich der kognitiven Einschränkungen, nachdem wir über Jahre hinweg ausschliesslich im Bereich Verhalten und sozio-emotionale Entwicklung ein Wachstum hatten.

Wir integrieren nicht auf Biegen und Brechen, Ramona Gut-Roger. Wir haben eine klare Grundlage im Konkordat, und gemäss diesem System arbeiten wir. Und noch einmal: Integration hat Grenzen, das ist die Luzerner Politik, und dem wollen wir auch weiterhin so Rechnung tragen. Unser Weg wird weitergehen. Wir können heute Kinder integrativ beschulen, bei denen wir vor 20 Jahren noch gesagt hätten, das gehe niemals. Es ist immer auch eine Frage der Ausbildung der Fachkräfte, der Erfahrung, des Mindsets der betroffenen Lehrpersonen und Schulleitungen, was funktioniert und was nicht. Ich bin überzeugt, dass es in zehn, 20 Jahren noch mehr Lernende gibt, die wir problemlos auch integrativ beschulen können, weil wir ganz einfach die Rahmenbedingungen weiterentwickelt und mehr Wissen und Erfahrung haben. Schauen Sie in andere Länder. Viele Länder haben ein voll integriertes System, bei denen die separative Schulung gar nie ein Thema war, die hatten es gar nie anders. Das funktioniert auch. Lisa Zanolla, Sie haben von Ideologie gesprochen. Das wollen wir nicht, denn wir haben klare Grundlagen und es gibt Grenzen der Integration. Es ist so, wie Urban Sager erklärt hat: Wir haben die Begabungs- und Begabtenförderung wieder reaktiviert oder verbessert. Jetzt werden wieder Mittel reserviert für die leistungsstarken Kinder. Es ist tatsächlich so, dass diese Mittel über Jahre hinweg abgezogen wurden, um bei den schwächeren Lernenden einzusetzen. Jetzt haben wir diese Mittel wieder reserviert, damit auch der Lernerfolg der leistungsstarken Lernenden gesichert werden kann. Urban Sager, Sie haben die Studien korrekt wiedergegeben, dazu muss ich nichts sagen. Ja, das Verhalten und die sozio-emotionale Entwicklung sind unser Hauptproblem, unsere grösste Herausforderung. Wir haben in Schötz den Versuch gestartet, die Sonderschulen näher an die Regelschulen zu bringen, und wir werden weitere Versuche starten. Der Versuch in Schötz hat nicht geklappt. Die Distanz zur Regelschule war zu gross, und bei den Gemeinden war noch zu wenig Interesse vorhanden, diesem Konzept zu folgen. Aber wir haben viele Erkenntnisse gewonnen, und wir werden weiterhin auf innovative Schulversuche zählen und es erneut versuchen. In diesem Bereich liegt noch viel Potenzial. Urs Christian Schumacher, was die Behindertenkonvention genau besagt, ist seit Jahren eine Diskussion. Michael Ledergerber ist nicht mehr im Kantonsrat vertreten, aber er hätte sicher ein ganz anderes Verständnis, wie weit es geht. Es gibt Menschen, die sagen, die Behindertenrechtskonvention schreibe unmittelbar vor, dass alle in die Regelschule gehen müssen. Das ist nicht unsere Haltung, aber es gibt diese Meinung. Unsere Meinung ist, dass es Grenzen gibt. Den Vorstoss zu den Kleinklassen hatten wir schon, den haben wir vor nicht allzu langer Zeit hier im Rat beraten und er wurde entsprechend abgelehnt. Wir werden weiterhin in diese Richtung arbeiten: eine pragmatische Lösung, ein pragmatischer Weg zwischen Integration und Separation. Die Entwicklung der Zahlen hat uns in den letzten Jahren nicht in die Hände gespielt, die Heterogenität ist tatsächlich gewachsen. Das Thema Verhalten und sozial-emotionale Entwicklung hat uns sehr stark beschäftigt, und wir hoffen, dass es irgendwann zu einer Konsolidierung kommt. Wir arbeiten jetzt an der Strategie zur Weiterentwicklung der Sonderschulen. Wir glauben, dass wir diese Quote mit besseren Strukturen zumindest stabilisieren können. Wir erwarten sogar, dass wir sie wieder senken können, weil sich zeigt, dass die Quote so unterschiedlich ist zwischen den Gemeinden, dass man das nicht erklären kann. Die Quote ist teilweise hausgemacht und hängt mit der Organisation zusammen. Das wollen wir verbessern, dem wollen wir wirklich auf den Grund gehen. Wir freuen uns, diesen Weg wieder gemeinsam mit den Gemeinden und gemeinsam mit Ihnen zu gehen.